

# Inhaltsverzeichnis

<b>1. Kapitel: Einleitung</b>	17
A. Einführung	17
I. Problemaufriss und Überblick	19
1. Allgemeines	19
2. Die konträren Positionen der Obergerichte im bisherigen Umgang mit übermäßigen Vertragsbestimmungen und die daraus folgenden aktuellen Fragen im Arbeitsrecht	22
a) Die dichotomen Rechtsfolgenkonzepte	22
b) Die aktuellen Fragen auf der Rechtsfolgenebene der arbeitsvertraglichen AGB-Kontrolle	25
II. Begrenzung und Präzisierung des Untersuchungsgegenstandes	27
1. Thematische Einengung	27
2. Präzisierung des Untersuchungsgegenstandes vor dem Hintergrund des Bisherigen	27
a) Der bisherige Kontrollmaßstab des Bundesarbeitsgerichts	30
b) § 307 BGB als »neuer« Prüfungsmaßstab der AGB-Kontrolle für Rückzahlungsvereinbarungen	32
c) Der bisherige Umgang der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung mit quantitativ übermäßigen Rückzahlungsklauseln	34
B. Gang der Untersuchung	37
<b>2. Kapitel: Grundlagen zur Thematik der Rückzahlungsklauseln für Fortbildungskosten und aktueller Stand der Rechtsfolgendebatte</b>	39
A. Einführung in die Thematik der Rückzahlungsklausel	39
I. Inhalt und Bedeutung von Rückzahlungsvereinbarungen im Rahmen eines Fortbildungsverhältnisses	39
1. Das Fortbildungsbedürfnis im modernen Arbeitsleben	40
2. Die Fortbildungsvereinbarung als rechtsgeschäftliche Grundlage des Fortbildungsverhältnisses	40
3. Zum Inhalt der Fortbildungsvereinbarung	41
4. Zum Inhalt und zur rechtlichen Ausgestaltung der Rückzahlungsvereinbarung	45
	7

5. Die Rückzahlungsvereinbarung als Refinanzierungsinstrument und ihre Bedeutung im Hinblick auf die Kostentragungspflicht des Arbeitgebers	46
II. Gang der weiteren Untersuchung	48
B. Das Rechtsfolgensystem des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen samt seiner üblichen Instrumentarien zur reduzierten Erhaltung des Geltungsanspruchs übermäßiger AGB-Klauseln	50
I. Der wirksame Vertragsrest nach § 306 Abs. 1 BGB	50
1. Geltungserhaltende Reduktion	51
2. Die funktionsverwandten Rechtsinstrumente der Lückenvermeidung	53
a) Teilbarkeit von AGB-Klauseln	53
b) Die Umdeutung unangemessener AGB-Klauseln	53
II. Der Inhalt des im Übrigen wirksam gebliebenen Vertrages nach § 306 Abs. 2 BGB	54
1. Die gesetzlichen Vorschriften	54
2. Lückenfüllung durch ergänzende Vertragsauslegung	56
III. Gesamtwirksamkeit des Vertrages als Rechtsfolge der AGB-Kontrolle, § 306 Abs. 3 BGB	60
IV. Zwischenfazit	62
C. Zum Stand der Diskussion im Arbeitsrecht über die Behandlung quantitativ übermäßiger Rückzahlungsklauseln im Rechtsfolgenkonzept des § 306 BGB	63
I. Zur Zulässigkeit der geltungserhaltenden Reduktion nach der Schuldrechtsreform	68
1. Die aktuelle Position der arbeitsgerichtlichen Rechtsprechung	68
a) Die Judikatur der Instanzgerichte	68
b) Die Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts	74
2. Der gegenwärtige Streitstand in der arbeitsrechtlichen Wissenschaft	76
a) Die herrschende Meinung: einschränkungsloses Verbot der geltungserhaltenden Reduktion im Arbeitsrecht	76
b) Die Gegenposition: generelle Fortführung der geltungserhaltenden Reduktion unter angemessener Berücksichtigung der im Arbeitsrecht geltenden Besonderheiten (§ 310 Abs. 4 S. 2 BGB)	78
c) Vermittelnde Ansichten	80
II. Die Lösungsansätze der herrschenden Meinung zur Vermeidung der ersatzlosen Totalunwirksamkeit quantitativ übermäßiger Rückzahlungsklauseln jenseits der geltungserhaltenden Reduktion	82
1. Teilbarkeit der übermäßigen Rückzahlungsklausel	82

2.	Lückenschließung gemäß § 306 Abs. 2 BGB durch das vom Bundesarbeitsgericht entwickelte einschlägige Richterrecht	83
3.	Lückenschließung via ergänzender Vertragsauslegung	84
D.	Die neuralgischen Punkte der gegenwärtigen Diskussion und die Notwendigkeit einer eingehenden Rechtsprechungsanalyse	87
I.	Aktuelle Defizite	88
1.	Das AGB-rechtliche Verbot der geltungserhaltenden Reduktion als nahezu unhinterfragter Ausgangspunkt des arbeitsrechtlichen Diskurses	88
2.	Die Übernahme des Terminologieproblems	92
3.	Bedenkliche Verengung der Diskussion um das Verbot der geltungserhaltenden Reduktion auf Transparenz- und Präventionsaspekte bei gleichzeitiger Vernachlässigung des Legitimationsproblems	93
II.	Die Notwendigkeit einer eingehenden Analyse der vor der Schuldrechtsnovelle ergangenen Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts	97
<b>3. Kapitel:</b>	<b>Die Folgen quantitativer Übermäßigkeit bei Rückzahlungsklauseln für Fortbildungskosten in der höchstrichterlichen Rechtsprechung vor der Schuldrechtsnovelle</b>	<b>101</b>
A.	Die Rechtsprechungsgrundsätze bei Rückzahlungsklauseln mit überlangen Bindungsfristen	101
I.	Die Entscheidung des BAG vom 24.01.1963 – 5 AZR 100/62	101
II.	Das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts vom 27.06.1968 – II C 70.67	104
III.	Das Urteil des Bundesarbeitsgerichts vom 12.12.1979 – 5 AZR 1056/77	105
IV.	Die Entscheidung des BAG vom 23.02.1983 – 5 AZR 531/80	106
V.	Die Entscheidung des BAG vom 11.04.1984 – 5 AZR 430/82	107
VI.	Die Entscheidung des BAG vom 15.05.1985 – 5 AZR 161/84	108
VII.	Die Entscheidung des BAG vom 15.12.1993 – 5 AZR 279/93	109
VIII.	Die Entscheidung des BAG v. 06.09.1995 – 5 AZR 241/94	111
IX.	Die Entscheidung des BAG vom 05.12.2002 – 6 AZR 539/01	112
X.	Die Entscheidung des BAG v. 19.02.2004 – 6 AZR 552/02	113
B.	Resümee	115
I.	Das bisherige Aufrechterhaltungsmaß und der Inhalt der richterlich entwickelten Regel-Bindungsfristen	115

II.	Der Umfang des bisherigen richterlichen Eingriffs in das Regelungsgefüge des Rückzahlungsvorbehalts bei unangemessen langen Bindungsfristen	116
III.	Die bisherige Aufrechterhaltungsjudikatur im Grunde nichts anderes als ergänzende Vertragsauslegung?	117
IV.	Problemlose Integrationsmöglichkeit der vergangenen Reduktionspraxis über das Institut der ergänzenden Vertragsauslegung durch Veränderung des bisherigen Aufrechterhaltungsmaßes?	120
	1. Der entgegenstehende Parteiwille als Grenze der Vertragsergänzung und seine Bedeutung bei der Aufrechterhaltung übermäßiger Rückzahlungsklauseln	121
	2. Verschiedene Lückenschließungsmöglichkeiten als weiteres Problem der ergänzenden Vertragsauslegung bei übermäßigen Rückzahlungsklauseln	125
V.	Die Eindeutigkeit der Rechtslage hinsichtlich der Konstituierung von Bindungsfristen in Rückzahlungsvereinbarungen und die Genese der »Regelfristen«	130
	1. Die Rechtslage	130
	2. Die Genese der bundesarbeitsgerichtlichen Fristen-Leitlinien	132
C.	Die bisherige Rechtsprechung bei Rückzahlungsklauseln, die einen unangemessen hohen Erstattungsbetrag konstituieren	135
	I. Geltungserhaltende Reduktion unangemessen hoher Rückzahlungsforderungen vor der Schuldrechtsnovelle?	135
	II. Die Rechtslage hinsichtlich der Höhe des Rückerstattungsbetrages	137
	III. Resümee	140
	1. Status quo ante	140
	2. Schlussfolgerungen	140
D.	Zwischenergebnis und weiterer Gang der Untersuchung	143
<b>4. Kapitel:</b>	<b>Die einzelnen Ansätze zur Auflösung des Rechtsfolgenproblems bei quantitativ unangemessenen Rückzahlungsklauseln im normativen Kontext des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen</b>	<b>146</b>
A.	Die geltungserhaltende Reduktion als allgemeiner Lösungsansatz für quantitativ übermäßige Rückzahlungsklauseln im Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	146
	I. Fragestellung	146
	II. Zum Stand der Diskussion im Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen	147
	1. Die Position der Rechtsprechung	147

2.	Der uneinheitliche Meinungsstand in der AGB-rechtlichen Lehre	148
a)	Die (wohl noch) herrschende Meinung im Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen: generelle Unzulässigkeit der geltungserhaltenden Reduktion	148
b)	Die eine geltungserhaltende Reduktion befürwortenden Stimmen des »übrigen« AGB-rechtlichen Schrifttums	150
aa)	Ansätze, die eine geltungserhaltende Reduktion generell zulassen wollen	150
bb)	Die relativierenden Ansätze im AGB-rechtlichen Schrifttum	151
(1)	Ansätze, die ein grundsätzliches Reduktionsverbot befürworten, in vereinzelt Fällen aber Ausnahmen zulassen	152
(2)	Ansätze, die für eine grundsätzliche Zulässigkeit der geltungserhaltenden Reduktion eintreten, in Einzelfällen aber die Rechtsfolge der Totalnichtigkeit fordern	154
(a)	Hager	155
(b)	Boemke-Albrecht	157
(c)	Roth	158
(d)	Canaris	159
(e)	Mayer	159
III.	Bewertung und kritische Würdigung der einzelnen Argumente	160
1.	Zur Terminologie und zum Inhalt der geltungserhaltenden Reduktion	160
2.	Inhaltliche Auseinandersetzung mit der Verbotsdoktrin	165
a)	Die den Diskurs um das Verbot der geltungserhaltenden Reduktion unnötig belastenden Argumentationsmuster	165
aa)	Das Wortlautargument	165
bb)	Der Zweck des Gesetzes und der Gedanke des Formulierungsrisikos als Geltungsgrund der Verbotsdoktrin	167
(1)	Das Recht der Allgemeinen Geschäftsbedingungen als Verbraucherschutzgesetz	167
(2)	Der Präventionsgedanke	169
(3)	Der Gedanke der Risikozuweisung und einseitigen Formungsverantwortung	172
(4)	Transparenzgebot	175
cc)	Gesetzessystematische und -strukturelle Erwägungen	177
(1)	Der Gedanke der Einheitlichkeit der Rechtsfolge zwischen Individual- und Verbandsverfahren	177

(2) Die geltungserhaltende Reduktion als ein die §§ 307 – 309 BGB unterminierendes Instrument eigenständiger Inhaltskontrolle	180
(3) Strukturelle Besonderheiten des AGB-Rechts als Grundlage des Reduktionsverbots	181
dd) Das Sachwalterargument	181
b) Das eigentliche Problem der geltungserhaltenden Reduktion	182
c) Das Fehlen überzeugungskräftiger rechtsdogmatischer Grundstrukturen	185
aa) Existenz eines allgemeinen Reduktionsprinzips außerhalb des Rechts der Allgemeinen Geschäftsbedingungen?	185
bb) Die »übrigen« Legitimationsansätze der AGB-rechtlichen Debatte	188
3. Zwischenergebnis und Schlussfolgerungen für den Untersuchungsgegenstand	201
B. Die Besonderheiten des Arbeitsrechts, § 310 Abs. 4 S. 2 BGB	202
I. Fragestellung	202
II. Allgemeines	203
III. Konkretisierung des § 310 Abs. 4 S. 2 BGB	205
1. Besonderheiten spezifischer Bereiche des Arbeitsrechts?	205
2. Exklusivitätstheorie	206
3. Tatsächliches als Besonderheiten des Arbeitsrechts?	208
4. Die vor der Schuldrechtsnovelle ergangene Rechtsprechung der Arbeitsgerichte als »im Arbeitsrecht geltende Besonderheit«	211
5. Konsequenzen für die Frage nach der Zulässigkeit der geltungserhaltenden Reduktion im Arbeitsrecht	213
IV. Stellungnahme	215
1. Die einzelnen Argumente	217
2. Die drohende Totalnichtigkeit im Sinne des § 306 Abs. 3 BGB als ein die ausnahmsweise Zulässigkeit der geltungserhaltenden Reduktion bei übermäßigen Rückzahlungsklauseln begründender Gesichtspunkt im Sinne von § 310 Abs. 4 S. 2 BGB?	223
a) Die Auslegung der »unzumutbaren Härte« im Sinne von § 306 Abs. 3 BGB bei der AGB-Kontrolle von Arbeitsverträgen	225
b) Resümee	227
IV. Zwischenergebnis	228
C. Der Grundsatz der Klauselteilbarkeit	229
I. Fragestellung	229
II. Stand der Diskussion über die quantitative Teilbarkeit von AGB-Klauseln in Rechtsprechung und Lehre	231
1. Das Teilungsverständnis der Rechtsprechung	231

2.	Meinungsstand in der Literatur	234
a)	Die ganz herrschende Meinung der Lehre: Unzulässigkeit einer quantitativen Aufteilbarkeit von AGB-Klauseln	237
b)	Die für eine quantitative Teilbarkeit von AGB-Klauseln eintretenden Ansätze	240
III.	Stellungnahme	242
1.	Rückgriffsmöglichkeit auf die allgemeinen Teilungsgrundsätze auch im AGB-Recht?	243
2.	Quantitative Teilbarkeit von Rechtsgeschäften nach Maßgabe des § 139 BGB	244
3.	Die quantitative Teilbarkeit nach Maßgabe des AGB-Rechts	252
IV.	Zwischenergebnis	255
D.	Umdeutung einer übermäßigen Rückzahlungsklausel, § 140 BGB	255
I.	Allgemeines zur Relevanz des § 140 BGB im Kontext der §§ 305 ff. BGB	255
II.	Bewertung	257
III.	Zwischenergebnis	258
E.	Die vor der Schuldrechtsnovelle richterlich entwickelten Leitlinien zu Bindungsfristen als lückenschließendes Normenmaterial im Sinne von § 306 Abs. 2 BGB	258
I.	Fragestellung	258
II.	Die Bindungsfristen des Bundesarbeitsgerichts als Ergebnis einer regelgerechten richterlichen Rechtsfortbildung dispositiven Rechts?	259
1.	Die richterlichen Bindungsfristen als Akt höchstrichterlicher Rechtsfortbildung	260
2.	Der Gesichtspunkt der fehlenden »Dispositivität« der Regelfristen	263
III.	Die Bindungsfristen als »sonstiges Richterrecht« im Sinne des § 306 Abs. 2 BGB?	267
IV.	Zwischenergebnis	268
F.	Die Aufrechterhaltung quantitativ übermäßiger Rückzahlungsklauseln unter Heranziehung der Grundsätze der ergänzenden Vertragsauslegung	269
I.	Die grundsätzliche Zulässigkeit der ergänzenden Vertragsauslegung als Instrument der Schließung planwidrig lückenhafter Verträge im Recht der allgemeinen Geschäftsbedingungen	269
1.	Einwände ganz grundsätzlicher Art	272
a)	Die primären Argumente der Lehre	272
b)	Kritik	274
2.	Sonstige Einwände der Kontraposition	278

II.	Das Vorliegen der Anwendungsvoraussetzungen des Instituts der ergänzenden Vertragsauslegung bei hinsichtlich des Rückzahlungstatbestands lückenhaften Fortbildungsvereinbarungen	281
1.	Das Fehlen von für die Lückenschließung geeignetem dispositivem Recht	282
2.	Das vollständige Herausstreichen des Erstattungsvorbehalts als unangemessene, den typischen Interessen der an einem Fortbildungsrechtsverhältnis beteiligten Vertragsparteien nicht gerecht werdende Lösung	283
III.	Die Grenzen des Instituts als Problem der Lückenschließung bei quantitativ übermäßigen Rückzahlungsklauseln	285
1.	Die Ausgangslage	285
2.	Stand der Diskussion hinsichtlich der für die Untersuchung relevanten Institutsgrenzen	286
a)	Tatsächlicher Wille als Grenze der Vertragsergänzung	286
b)	Unterschiedliche Gestaltungsmöglichkeit der »Ersatzregelung«	287
3.	Stellungnahme	289
4.	Korrekturbedürftigkeit des ermittelten Ergebnisses?	293
5.	Zwischenergebnis	297
G.	Die Störung der Geschäftsgrundlage (§ 313 BGB) als Lösungsansatz für die Fallkonstellation der quantitativ übermäßigen Rückzahlungsklauseln	297
I.	Vorbemerkung	297
II.	Einführung, Geschäftsgrundlagenbegriff und Problemstellung	299
III.	Grundsätzliche Bedenken gegenüber einer auf die Lehre von der Geschäftsgrundlage gestützten Vertragsanpassung bei einer nichtigen Rückzahlungsklausel	306
1.	AGB-spezifische Gesichtspunkte	306
2.	Spezifisch arbeitsrechtliche Gesichtspunkte	309
IV.	Die Nichtigkeit einer quantitativ übermäßigen Rückzahlungsklausel als Störung der Geschäftsgrundlage der Fortbildungsvereinbarung im Sinne des § 313 BGB	310
1.	Die Geschäftsgrundlage einer Fortbildungsvereinbarung im Falle einer unwirksamen Rückzahlungsklausel	311
2.	Die rechtsunwirksame Rückzahlungsklausel als Tatbestand der Grundlagenstörung im Normsystem des § 313 BGB	312
3.	§ 313 Abs. 2 BGG als normativer Anknüpfungspunkt der durch das Nichtigkeitsverdikt offen gelegten Grundlagenstörung der Fortbildungsvereinbarung	314
a)	Der Tatbestand des § 313 Abs. 2 BGB	314
b)	Die Unzumutbarkeitsfrage bei Rechtsunwirksamkeit einer Rückzahlungsklausel für Fortbildungskosten	316

aa)	Der Maßstab der Unzumutbarkeit im Falle einer durch die Nichtigkeit einer AGB-Klausel verursachten Äquivalenzstörung des Gesamtvertrages	316
bb)	Das gestörte Äquivalenzverhältnis der Fortbildungsvereinbarung im Falle der Rechtsunwirksamkeit einer Rückzahlungsklausel	318
cc)	Kompensation des »Unzumutbarkeitsverdikts« aufgrund der für den Arbeitgeber erkennbaren Rechtsunwirksamkeit der stipulierten Rückzahlungsklausel	324
dd)	Kompensatorische Wirkung der Beendigung des Fortbildungsverhältnisses im zeitlichen Vorfeld der AGB-Kontrolle?	327
4.	Der Inhalt der richterlichen Vertragsanpassungsentscheidung und die prozessuale Umsetzung des arbeitgeberseitigen Anpassungsanspruchs	329
a)	Die richterliche Anpassung der Fortbildungsvereinbarung	330
b)	Prozessuale Umsetzung des materiellen Anspruchs auf Anpassung der Fortbildungsvereinbarung	332
V. Fazit		333
<b>5. Kapitel: Zusammenfassung der Ergebnisse in Thesen</b>		<b>335</b>
Literaturverzeichnis		339